

Tarifabschluss für die Beamten jetzt übernehmen

04.04.2015

Nach dem Tarifabschluss des Öffentlichen Dienstes haben die Länder Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen sowie Hamburg bereits die 1:1-Übernahme für die Beamtenbesoldung signalisiert. +++ Baden-Württemberg zögert und will eine zeitliche Verschiebung.

Während in Baden-Württemberg im Finanzministerium erste Kostenberechnungen angestellt und von den Vorsitzenden der grün/roten-Regierungsfractionen noch vor dem Tarifabschluss bereits zeitliche Streckungen in Aussicht gestellt wurden, geben andere Bundesländer über Parteigrenzen hinweg bereits klare Signale für die Wertschätzung der Arbeit ihrer Beamtinnen und Beamten und wollen das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich übernehmen.

So kündigte der bayersische Finanzminister Markus Söder (CSU) noch während einer Auslandsreise an, die Vereinbarung eins zu eins auf die Beamten zu übertragen, da man keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im öffentlichen Dienst wolle. (Quelle u.a. www.wnoz.de)

Die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen (SPD) begründete die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten damit, dass diese in den vergangenen Jahren bereits einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Sie wird dabei von Daniel Köbler (Grüne) unterstützt, für den es folgerichtig ist, den Abschluss der Angestellten auf die Beamten zu übertragen. (Quelle: u.a. www.swr.de)

In Sachsen will Finanzminister Prof. Dr. Georg Uland(CDU) nach Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten dem Kabinett in seiner nächsten Sitzung am 14. April vorschlagen, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger im Freistaat zu übertragen. Die Eins-zu-eins-Übertragung sei auch eine Anerkennung für die Leistungsbereitschaft und Motivation der Beamten. (Quelle: [Sächsisches Staatsministerium der Finanzen](#))

Auch Hamburg hatte sehr schnell signalisiert, den Abschluss für die Beamtinnen und Beamten der Hansestadt zu übernehmen.

Tarifanpassung jetzt zeit- und inhaltsgleich auch für die Beamtinnen und Beamten übernehmen.

"Dies und nicht Sonntagsreden spiegeln Anerkennung der Arbeit und deren Wertschätzung wider. Jetzt ist die baden-württembergische Landesregierung und die sie tragenden Regierungsfractionen an der Reihe auch ein klares Bekenntnis für ihre Beamtinnen und Beamten abzugeben." bringt der baden-württembergische BDK-Vorsitzende Manfred Klumpp die Erwartungen seiner Kolleginnen und Kollegen auf den Punkt.

Download als PDF-Flyer